

Hilfen für Menschen und Kommunen

Einigung der Koalition — es gibt keine Haftzentren für Flüchtlinge!

Bereits am vergangenen Sonntag hatten sich die Spitzen der Koalition getroffen, um über Verfahrensschritte zu sprechen. Vor allem die CSU hatte Forderungen nach Haftzentren an den Landesgrenzen erhoben. Dies hat die SPD als populistische Forderung ohne praktischen Vorteil im Umgang mit den Flüchtlingen abgelehnt. Am Donnerstag dieser Woche trafen sich Kanzlerin Angela Merkel, Sigmar Gabriel und Horst Seehofer erneut zu Verhandlungen und sie haben sich auf folgende Maßnahmen geeinigt:

- einheitlicher Ausweis und Datenbank für Asylbewerber und Flüchtlinge mit den für das Verfahren erforderlichen Daten. Dieser Ausweis und die Registrierung sind die Voraussetzung für einen Asylantrag sowie für die Beantragung und Gewährung von Leistungen.

- Bei Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern wird im Anlehnung an das Flughafenverfahren ein beschleunigtes Asylverfahren durchgeführt. Innerhalb von drei Wochen soll eine rechtsfeste Entscheidung über den Antrag gefällt werden.

- Dazu werden besondere Aufnahme-Einrichtungen geschaffen, die die Antragstellung, -bearbeitung, das Rechtsmittelverfahren und die Rückführung der abgelehnten Bewerber in einer Hand übernehmen. Erst mit der Aufnahme in der Einrichtung entsteht ein Anspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

- Es besteht wieder eine verschärfte Residenzpflicht für die Bewerber, das heißt sie bleiben vor Ort, aber es gibt keine Haftzentren. Das war uns als SPD wichtig!

- Verstöße gegen diese Residenzpflicht führen zum Ruhen des Asylantrages und dem Wegfall des Leistungsanspruches. Einmalig kann ein Wiederaufnahmeantrag gestellt werden; bei erneutem Verstoß erlischt der Antrag mit der Folge der sofortigen Ausweisung.

- Um Abschiebungen zu erleichtern, wird eine Clearingsstelle eingerichtet, um im ständigen Kontakt mit den Botschaften der Herkunftsländern die nötigen Papiere zu beschaffen, denn viele Flüchtlinge können bislang keine Papiere vorweisen.

- Noch in diesem Jahr werden in Griechenland und Italien die vereinbarten Aufnahme- und Verteilzentren funktionieren, um Flüchtlinge zu registrieren und zu identifizieren sowie von dort europaweit gerecht, schnell und effektiv zu verteilen.

- Mit der Türkei streben wir eine Vereinbarung an, um die Türkei finanziell bei der Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen. Das bedeutet beschleunigte Rückführung von Drittstaatsangehörigen und Vereinbarung über legale Flüchtlingskontingente.

Über Flüchtlinge wird täglich in der Presse berichtet und zu Hause, im Kreis von Kollegen oder bei parteipolitischen Veranstaltungen viel diskutiert. Dabei werden die Begriffe Flüchtling, Asylsuchender—abwertend formuliert Asylant – oft synonym benutzt. Doch es gibt Unterschiede und es hilft bei der Versachlichung der Diskussion schon in den Begriffen präzise zu sein.

Flüchtlinge sind nach der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention Menschen, denen wegen ihrer Religion, ihrer Rasse oder der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe in ihrem Herkunftsland Gefahr droht und die deshalb ihr Land verlassen und in anderen Staaten Schutz suchen.

Kontingentflüchtlinge sind Menschen aus Krisenregionen, die im Rahmen einer humanitären Hilfsaktion in Deutschland aufgenommen werden. Das Innenministerium kann anordnen, dass Menschen in Notsituationen wie zum Beispiel den Menschen aus Syrien ohne individuelle Prüfung eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.

Asylsuchende Auch jenseits humanitärer Hilfsaktionen fliehen Menschen nach Deutschland. Sie haben die Möglichkeit, in Deutschland Asyl zu beantragen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bearbeitet die Anträge und entscheidet anhand von Länderdossiers, ob ein Bewerber asylberechtigt ist und ob er den Flüchtlingsstatus erhält. Bis zu dieser Entscheidung leben die Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Das Recht auf Asyl ist in Artikel 16a des Grundgesetzes geregelt.

Asyl steht allen Menschen zu, die politisch verfolgt werden. Das bedeutet, dass sie von ihrem Staat wegen ihrer politischen Überzeugung so stark ausgegrenzt werden, dass ihre Menschenwürde verletzt ist. Allgemeine Notsituationen wie Armut oder Bürgerkrieg berechtigen hingegen nicht zwingend zu Asyl. Wenn der Asylantrag genehmigt ist, können Asylberechtigte aus den Heimen ausziehen und sie haben die Möglichkeit, sich eine Arbeit zu suchen.

UMF - das ist die Abkürzung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Ob sie nach deutschem Recht "Flüchtlinge" sind, weil sie von ihrem Staat verfolgt werden und hier bleiben dürfen, muss geklärt werden. In jedem Fall sollen Jugendliche besonderen Schutz bekommen: durch das Jugendamt, durch Betreuer und einen Vormund. Standard ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Aufgrund des enormen Zustroms kann der Jugendschutz momentan nicht mehr eingehalten werden.

Migrant ist im Prinzip jeder, der an einen anderen Ort zieht, innerhalb eines Landes oder über Staatsgrenzen hinweg. Genau genommen sind also auch Flüchtlinge Migranten. Meist ist aber von Migration die Rede, wenn jemand das Land verlässt, um seine Lebensbedingungen zu verbessern und nicht, weil er in seinem Heimatland in Gefahr ist. Migration geschieht vorwiegend aus wirtschaftlichen, politischen oder Sicherheitsgründen.

Unterbringung von Flüchtlingen Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat bis Oktober 2015 in 242 Fällen Verträge über Liegenschaften abgeschlossen. Diese Liegenschaften werden den Ländern, Landkreisen und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen ohne Miete zur Verfügung gestellt. Voraussetzung ist, dass kein anderer vorrangiger Bedarf an den Immobilien besteht.

Nachtragshaushalt Der Bundestag hat den 2. Nachtragshaushalt für 2015 beschlossen, um Länder und Kommunen mit insgesamt 2 Mrd. Euro bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen zu entlasten. Die Mittel sind u.a. für Wohnraumförderung und Verbesserung der Kinderbetreuung gedacht. Der Nachtragshaushalt vollzieht nach, was mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz am 20. Oktober beschlossen wurde. Aus den Haushaltsüberschüssen wird eine Rücklage gebildet, um in 2016 Ausgaben ohne neue Schulden machen zu können.